



Sri Lanka: Neuer Bericht zur Militarisierung auf der Jaffna-Halbinsel



## Leben im Schatten des Militärs

**Seit 27 Jahren besetzt das sri-lankische Militär grosse Gebiete auf der Jaffna-Halbinsel und nutzt dabei das Land auch für wirtschaftliche Zwecke. Der neue GfbV-Bericht «Under the Military's Shadow» zeigt: Trotz Versprechungen hat die Regierung bisher nur kleine Stücke der besetzten Flächen an die Bevölkerung zurückgegeben. Tausende Flüchtlinge leben noch unter widrigsten Umständen in Lagern für intern Vertriebene. Die GfbV hat ihren Bericht über die Situation in Jaffna im Oktober veröffentlicht. Trotz Drohanrufen des Militärs im Vorfeld unserer Veranstaltung haben viele Menschen ihre Probleme offen angesprochen.**

Am 19. Oktober hat die Gesellschaft für bedrohte Völker ihren Bericht «Under the Military's Shadow»

(«Schatten des Militärs») an einer Veranstaltung in Jaffna veröffentlicht. Drohanrufe des Militärs im Vorfeld schreckten viele Personen von einer Teilnahme ab. Trotzdem waren knapp hundert Betroffene anwesend. Auch Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Kirche sowie von Fischereigewerkschaften und Lokalbehörden nahmen teil. Sie zeigten sich froh darüber, dass die GfbV im Bericht die Probleme der Militarisierung aufzeigt. Im Anschluss kündigten sie an, sich für die Rechte der Vertriebenen einzusetzen. Einige Betroffene sprachen trotz den Drohungen offen über ihre Probleme mit der Militarisierung.

So fragte ein Mann aufgebracht: «Möchte die Regierung denn, dass alle Vertriebenen in die Schweiz ausreisen? Sonst hätte sie uns unser traditionelles Land schon längst zurückgegeben!»



**GESELLSCHAFT  
FÜR BEDROHTE  
VÖLKER**

### Wenn das Militär Hotels betreibt

Im Juni 1990 vertrieb das sri-lankische Militär durch Luftangriffe im Norden der Jaffna-Halbinsel Zehntausende von Tamilen. Seither hält es grosse Gebiete als Sicherheitszone unter seiner Kontrolle. Nur ein kleiner Teil der ehemaligen Bewohner hat das eigene Land zurückbekommen. Zehntausende intern Vertriebene dürfen weiterhin nicht auf ihr Land zurückkehren. Unterdessen betreibt das Militär auf dem beschlagnahmten Boden Landwirtschaft, Fabriken und touristische Einrichtungen (siehe Kasten).

Die Wenigen, die bisher in die angestammte Heimat zurückkehren durften, können ihren ursprünglichen Beruf – die meisten als Fischer oder Bauern – wieder aufnehmen. Andere Flüchtlinge wurden an Orten angesiedelt, welche vormals nicht bewohnt waren. Aufgrund der geographischen Lage ist es in diesen Gebieten teilweise nicht möglich, Landwirtschaft zu betreiben oder fischen zu gehen. So können diese Menschen weiterhin keine Existenzgrundlage aufbauen und verharren in Armut.

### Leben unter ständiger Überwachung

Auf der Jaffna-Halbinsel leben immer noch Tausende von Menschen unter äusserst prekären Lebensumständen in Lagern für intern Vertriebene. Dort verharren sie oft seit 27 Jahren. So müssen die Bewohnerinnen und Bewohner einige wenige Toiletten mit mehreren Hundert Menschen teilen. Es liegen überall

Abfälle herum, und bei heissen Temperaturen breitet sich Gestank aus. Wenn es stark regnet, werden die Lager überflutet und die Bewohner müssen ihre ohnehin sehr schlecht ausgestatteten Häuser verlassen. Die schlechte Hygiene hat zur Folge, dass sich Krankheiten schnell ausbreiten. Zusätzlich werden die intern Vertriebenen aus den Lagern von der Gesellschaft diskriminiert. Sie haben grosse Schwierigkeiten, eine gute Arbeit zu finden. Schliesslich werden viele Haushalte von Frauen geführt, welche sich über die mangelnde Privatsphäre und sogar Übergriffe beklagen.

Ein weiteres Problem ist die ständige Überwachung durch das Militär. So kommen die Geheimdienste regelmässig in die Lager, um die Bewohnerinnen und Bewohner auszufragen und auch einzuschüchtern. Auch das Rechercheteam für unseren Bericht musste dies hautnah miterleben. Unsere lokale Partnerorganisation «National Fisheries Solidarity Movement» (NAFSO) wurde mehrmals durch die Aktivitäten des militärischen Geheimdienstes in der Arbeit behindert und hatte teilweise Mühe, Informationen zur Situation in den Lagern für intern Vertriebene zu sammeln. Ein Armeeeoffizier und mehrere Soldaten wollten sich sogar Zugang zu den Zimmern des Rechercheteams verschaffen. Dies wurde ihnen aber verweigert.

Text: Yves Bowie, GfbV-Kampagnenleiter Sri Lanka



Foto 1: Schild eines Militärlagers im «Palaly Cantonment», der Sicherheitszone

Foto 2: Kleines Mädchen in einem Wiederansiedlungsgebiet auf der Jaffna-Halbinsel

Foto 3: Behausung in einem Lager für intern Vertriebene auf der Jaffna-Halbinsel





## Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser

Stellen Sie sich vor, Sie möchten an der Präsentation eines neuen GfbV-Berichts teilnehmen und haben sich das Datum in Ihrer Agenda vorgemerkt. In den Tagen vorher erhalten Sie telefonisch Drohungen und werden aufgefordert, dem Anlass fernzubleiben. So geschehen in Sri Lanka Mitte Oktober, als die GfbV ihren neuen Bericht «Schatten des Militärs» über die Situation auf der Jaffna-Halbinsel vorstellte (mehr dazu in dieser Voice ab Seite 1). Trotz Einschüchterungsversuchen kamen knapp hundert Teilnehmerinnen und Teilnehmer an die Veranstaltung. «Wir sind froh, dass die GfbV die Probleme der Militarisierung klar benennt», so lauteten verschiedene Stimmen aus dem Publikum.

«Die Menschenrechtslage in Sri Lanka verschlechtert sich deutlich», sagt GfbV-Kampagnenleiter Yves Bowie, der Anfang November aus Sri Lanka in die Schweiz zurückkehrte. So wurden diesen Herbst in Jaffna zwei Studenten ermordet, es kam zu Entführungen und gewaltsamen Zusammenstössen zwischen Marine und Dorfbewohnern, und die Überwachung und Einschüchterung der Zivilgesellschaft und Lokalbevölkerung durch Sicherheitskräfte hat sich verstärkt. Angesichts dieser Situation steht die GfbV dem neuen Migrationsabkommen kritisch gegenüber, das die Schweiz und Sri Lanka im Oktober unterzeichnet haben. Die GfbV fordert die Schweiz auf, sich noch stärker für die Einhaltung der Menschenrechte vor Ort einzusetzen.

Jenische und Sinti feiern Anerkennung, Roma bleiben in der Warteschlange: Unter diesem Titel berichten wir ab Seite 6 über einen historischen Auftritt von Bundesrat Alain Berset an der Feckerchilbi, über neue Durchgangsplätze für Jenische und Sinti im Kanton Bern, aber auch über fehlende Transitplätze für ausländische Fahrende, über rassistische Tendenzen gegenüber Roma und zwei Klagen seitens der GfbV.

Wir wünschen eine anregende Lektüre!

*D. Schärer*

Dominique Schärer,  
Kommunikationsverantwortliche GfbV

### «WIESO BRAUCHT DAS MILITÄR UNSER LAND NOCH?»



Foto: © Yves Bowie, GfbV

**Juljes Selvamalar musste während dem Krieg fliehen und lebt bis heute in einem Lager für intern Vertriebene. Sie versteht nicht, warum das Militär ihr Land noch immer als Hochsicherheitszone besetzt hält.**

Die 47-jährige Juljes Selvamalar ist die Tochter eines Fischers aus Kankesanthurai, im Norden der Jaffna-Halbinsel. Die ganze Familie wurde 1990 während einem Angriff der sri-lankischen Luftwaffe vertrieben. Seit 27 Jahren lebt Juljes Selvamalar nun im Nethawan-Camp, einem Lager für intern Vertriebene. Dort sind die Infrastruktur und die Hygiene-Verhältnisse schlecht und es gibt kaum Einkommensmöglichkeiten. Die Familie hat ihre Lebensgrundlage als Fischer verloren und lebt vom Einkommen des Sohnes, der als Maurer arbeitet. Juljes' Ehemann wurde 2008 entführt und von ihm fehlt bis heute jede Spur.

Immer noch hält das Militär das Land der Familie besetzt und führt direkt neben ihrem ehemaligen Grundstück ein Militärhotel für touristische Zwecke. Diesen Sommer besuchte Juljes Selvamalar mit ihren beiden Kindern dieses Hotel, um ihnen die ehemalige Heimat zu zeigen. «Als ich mein Land sah, musste ich so weinen», sagt sie traurig. «Ich habe den grossen Wunsch, dahin zurückzukehren, wo ich aufgewachsen bin.» Und sie fügt bitter an: «Der Krieg ist vorbei, wieso braucht das Militär unser Land noch? Sie können doch staatseigenes Land für ihr Hotel verwenden.»

Obwohl ein Teil des Landes zurückgegeben und ein Wiederansiedlungsprozess gestartet wurde, warten noch unzählige Menschen darauf, heimkehren zu können. In die neue Regierung hat Juljes Selvamalar denn auch kaum Vertrauen: «Bis jetzt hat die Regierung nicht Wort gehalten, sondern nur leere Versprechungen gemacht.»



Mit unserer Kampagne «**Stop Ocean Grabbing**» setzen wir uns für Menschen ein, die durch die Plünderung der Meere oder die Beschlagnehmung des Zugangs zum Meer ihrem traditionellen Beruf als Fischer nicht mehr nachgehen können. Auf unserem Blog [www.oceangrabbings.ch](http://www.oceangrabbings.ch) erzählen wir nebst Juljes Geschichte auch die Schicksale von weiteren Betroffenen aus Sri Lanka.

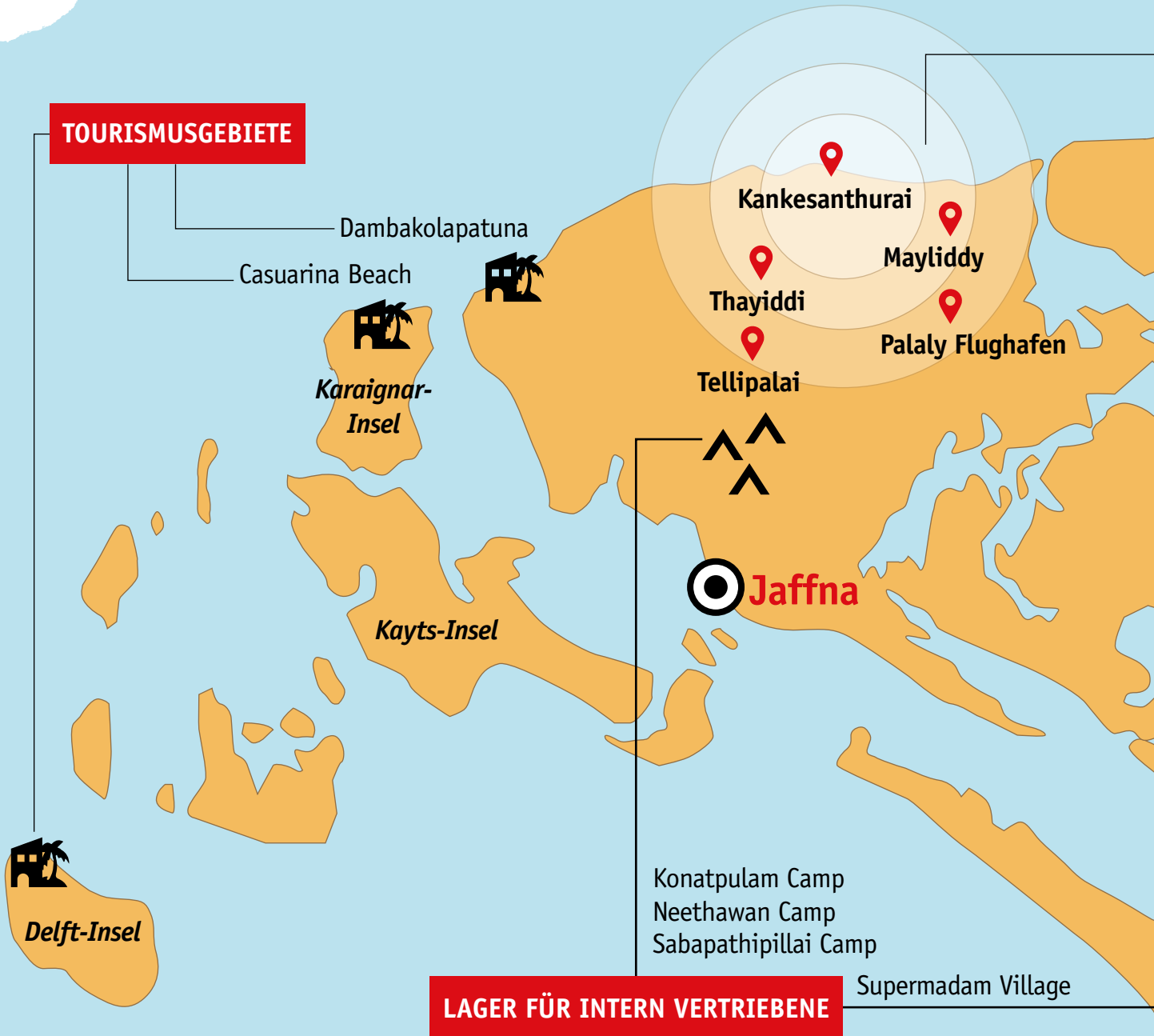
### Impressum:

VOICE 4-2016, Dezember 2016 **Herausgeberin:** Gesellschaft für bedrohte Völker, Schermenweg 154, 3072 Ostermundigen, 031 939 00 00, info@gfbv.ch, www.gfbv.ch **Redaktion:** Dominique Schärer **Layout:** Tania Brügger Marquez **Mitarbeiter an dieser Nummer:** Angela Mattli, Angela Schweizer, Christoph Wiedmer, Martin Wanner, Yves Bowie **Erscheinungsweise:** vierteljährlich **Auflage:** 8500 Exemplare **Druck:** gdz AG, Zürich; gedruckt auf Plano Speed («FSC Mix») **Abonnement:** CHF 30.-/Jahr **Mitgliederbeitrag:** mindestens CHF 60.-/Jahr **Titelbildfoto:** Yves Bowie, GfbV



Sri Lanka

# DIE JAFFNA-HALBINSEL



Stadt



Ehemalige Hochsicherheitszone



## MILITÄRISCH KONTROLLIERTES LAND

Im so genannten «Palaly Cantonment» befinden sich laut Regierungsangaben fast **20 000 Quadratkilometer** Land unter der Kontrolle des Militärs. Die GfbV fordert die Regierung von Sri Lanka auf, das besetzte Land den ursprünglichen Besitzern zurückzugeben.



## INTERN VERTRIEBENE

Gemäss Regierungsangaben gab es im Juni 2015 auf der Jaffna-Halbinsel **42 201 intern vertriebene Personen**. Diese Menschen haben ihre angestammte Lebensgrundlage in der Fischerei und in der Landwirtschaft verloren.

## WIEDERANSIEDLUNGSGEBIETE



## TOURISMUSGEBIET

Chundikulam Naturpark



Elephant Pass

Kilinochchi



### LEBEN IM LAGER

Die GfbV-Partnerorganisation NAFSO (National Fisheries Solidarity Movement) hielt im September 2015 fest, dass allein im Jaffna-Distrikt **1536 intern vertriebene Familien** in eigens dafür eingerichteten Lagern lebten.



### VON FRAUEN GEFÜHRTE HAUSHALTE

Infolge des Krieges gibt es allein im Nordosten Sri Lankas **59 000 bis 84 000 Haushalte**, die von Frauen geführt werden. Frauen und Mädchen bilden die verletzlichste Bevölkerungsgruppe des Landes.



## Jenische und Sinti feiern Erfolge, Roma in der Warteschlange



Foto: © Andreas von Gunten / Bildarchiv Radgenossenschaft

Bundesrat Alain Berset besuchte die diesjährige Feckerhilbi in Bern.

**Für die Jenischen und Sinti war das Jahr 2016 ein sehr gutes Jahr. Die beiden Minderheiten sind neu mit ihrer Eigenbezeichnung anerkannt. In der öffentlichen Aufarbeitung ihrer Verfolgungsgeschichte wurden Meilensteine gesetzt. Und im Kanton Bern sollen drei neue Durchgangsplätze entstehen. Für die Roma sieht die Bilanz leider nicht so positiv aus. Ein Grund mehr, mit unserer «Stopp Antiziganismus»-Kampagne am Thema zu bleiben.**

Die gute Nachricht zuerst: Mitte September – anlässlich der Feckerhilbi in Bern – sprach Bundesrat Alain Berset das aus, worauf Schweizer Jenische und Sinti lange gewartet haben: «Liebe Jenische und Sinti, Sie bereichern die Schweiz!» Als Begleitung sozusagen folgte das bundesrätliche Statement, dass Jenische und Sinti künftig nicht mehr unter dem diffusen Begriff «Fahrende», sondern unter ihrer Eigenbezeichnung anerkannt und angesprochen werden. Dies, so Bundesrat Berset, sei keine Wortklauberei: «Mit Sprache schafft man Realität».

### **Aufarbeitung der Geschichte der «Kinder der Landstrasse» erhält Schub**

Ein Meilenstein für die Betroffenen fürsorglicher Zwangsmassnahmen, unter denen sich auch zahlreiche Jenische befin-

den, bedeutet die Annahme des Gegenvorschlages zur Wiedergutmachungsinitiative durch das Parlament in der Herbstsession. So soll der Bund nebst der wissenschaftlichen Aufarbeitung 300 Millionen Franken für finanzielle Leistungen zugunsten der Betroffenen fürsorglicher Zwangsmassnahmen bereitstellen. Die Politik will somit ein Stück Gerechtigkeit wiederherstellen. In der gleichen Herbstsession bekräftigte der Bundesrat in seiner Antwort auf die Interpellation von Barbara Gysi (SP) zum Gedenken an die Opfer des «Hilfswerks Kinder der Landstrasse», dass die Erinnerung an die problematischen Aspekte unserer Geschichte gepflegt werden müssen. «Gedenkstätten können dabei eine positive Rolle spielen», so der Bundesrat. Daher sei er bereit, die Unterstützung einer Initiative Dritter zur Errichtung einer Gedenkstätte zu prüfen. Dies ist ein klarer Erfolg unserer Kampagne gegen das Vergessen, welche die GfbV zusammen mit den Organisationen der Jenischen führt.

### **Platzfrage für fahrende Roma bleibt ungeklärt**

Ein weiterer Erfolg für die fahrenden Jenischen und Sinti konnte im Kanton Bern gefeiert werden. Im September beschloss der Grosse Rat, drei neue Durchgangsplätze für einheimische Jenische und Sinti zu schaffen. Endlich geht der Kanton Bern

auf deren berechnete Bedürfnisse ein. Zwei Jahre nach den Protestaktionen und der unwürdigen polizeilichen Räumung ist der Kanton Bern bereit, seinen Verpflichtungen gegenüber den nationalen Minderheiten endlich nachzukommen. Ein grosser Erfolg für das unermüdliche Engagement vieler Selbstorganisationen und ihrer Unterstützerinnen und Unterstützer.

Umso bedauerlicher ist es, dass der Antrag für einen Transitplatz für ausländische Fahrende zurückgewiesen und auf eine billigere Lösung plädiert wurde. Dieser Umstand wird die gegenwärtigen Konflikte im Berner Seeland nicht entschärfen. Seit der Aufhebung des sogenannten «Zigeunereinschreibungsverbot» von 1973 bereisen fahrende Roma-Gruppen von März bis Oktober regelmässig die Schweiz.

Gemäss Schätzungen handelt es sich um 400 bis 500 Wohnwagen. Dennoch stehen ausländischen fahrenden Roma in der Schweiz lediglich drei offizielle Durchgangsplätze zur Verfügung. Dies führt dazu, dass fahrende Roma gezwungen sind, auf den «spontanen Halt» auszuweichen, wo Wohnwagen bei Landwirten, Gewerbebetrieben oder auf öffentlichen Flächen von Gemeinden gegen Entgelt aufgestellt werden. Obwohl die Mehrheit dieser Arrangements reibungslos verlaufen, kommt es

vor, dass einige Roma-Gruppen die hiesigen Gesetze und Gepflogenheiten nicht kennen oder respektieren. Diese Konflikte – wie diesen Sommer in Berner Seeland – haben kostspielige Polizeieinsätze zur Folge. Mit einem zusätzlichen offiziellen Durchgangsort würde sich die Situation wesentlich entspannen.



Foto: © Franziska Rothenbühler

Die in der Schweiz lebenden Roma fordern Anerkennung.

**Politische Stimmung gegen Roma verschärft sich**

Gleichzeitig stellt die GfbV eine klare Verschärfung des politischen und medialen Klimas gegenüber Roma fest. Dies zeigt sich insbesondere in einer beunruhigenden Zunahme von offen rassistischen Äusserungen von Schweizer Politikerinnen und Politikern. Konkrete Lösungsvorschläge bleiben dabei auf der Strecke. Roma gelten vielerorts als Sündenböcke – auch in der Schweiz. Dabei kommt es regelmässig zur Herabwürdigung der ganzen Minderheit, ohne dass die Organisationen der Roma zu Wort kommen und ohne dass dies von der Öffentlichkeit verurteilt wird. So hat sich beispielsweise die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus bisher nicht öffentlich zu den jüngsten Vorfällen geäussert, und auch von Politik und Behörden kam kaum Unterstützung. Aus diesem Grund haben wir zusammen mit Schweizer Roma-Organisationen zwei Klagen gegen einen Lysser Gemeinderat und einen Bieler Kantonsrat eingereicht, wobei bedauerlicherweise auf die eine Klage nicht eingetreten wird, da die GfbV nicht als geschädigte Person gilt.

Text: Angela Mattli, GfbV-Kampagnenleiterin

**NEWS**

**Mit FENAMAD unterwegs in Peru**

Im Oktober reiste ich als Vertreter der GfbV für Recherchen und für Gespräche mit der Indigenen-Organisation FENAMAD in den Südosten von Peru. Dabei konnte ich den Präsidenten der FENAMAD, Julio Cusurichi, und eine Experten-Delegation auf eine Reise zu vier indigenen Gemeinden in der Provinz Madre de Dios begleiten. Die Basis für die Dachorganisation FENAMAD (Federación Nativa del Río Madre de Dios y Afluentes) sind 34 indigene Gemeinden aus der Provinz Madre de Dios. Julio Cusurichi möchte während seiner Amtszeit jede dieser Gemeinden mindestens einmal persönlich besuchen. Er sagt dazu: «Auch wenn die Reise zwei oder drei Tage dauert, das Wichtigste ist, dort zu sein. Ganz gleich, ob es Gemeinden mit 12, 20 oder 300 Familien sind, wir werden sie besuchen. Und das tun wir gerade.» Die vier schwer erreichbaren Gemeinden sind dabei die letzten, die noch fehlen.

Wenn FENAMAD eine indigene Gemeinde besucht, wird jeweils eine Versammlung einberufen, um über aktuelle Entwicklungen zu informieren und konkrete Projekte in die Wege zu leiten. Zu den Aufgaben der FENAMAD gehören der Transport von Material in die abgelegenen Gemeinden wie auch Verhandlungen mit nationalen Ministerien. Neben der ganz konkreten Verbesserung der Lebensumstände der indigenen Gemeinden spielt dabei immer auch deren längerfristige Stärkung eine wichtige Rolle. Workshops und Informationsaustausch mit anderen Gemeinden sollen ihre eigene Entwicklung vorantreiben – mit Unterstützung von Organisationen wie der GfbV.

Text: Martin Wanner, Praktikant Kampagne Wirtschaft & Indigenenrechte



Foto: © Martin Wanner, GfbV

Der FENAMAD-Präsident Julio Cusurichi (zweiter von links) besucht die Gemeindeversammlung von Maizal.



## Was NGO-Kampagnen bewirken können



Foto: © Markus Mugglin

«Ich beobachte einen Prozess von Veränderungen» – Markus Mugglin untersucht die Wirkung von NGO-Kampagnen auf Arbeitsbedingungen und Umweltschutz bei Konzernen.

**Der Journalist und Ökonom Markus Mugglin analysiert in seinem Buch «Konzerne unter Beobachtung», wie Schweizer Unternehmen unterschiedlich auf den Druck der Zivilgesellschaft reagieren und was sich in der Schweiz verändert hat. Das Buch zeigt: Nichtregierungsorganisationen (NGOs) haben mit ihren Kampagnen Einiges in Sachen Arbeitsbedingungen und Umweltschutz erreicht.**

### Was hat Sie dazu bewogen, zum Thema Konzernverantwortung ein Buch zu veröffentlichen?

Während meiner Tätigkeit als Journalist bin ich immer wieder auf einzelne Auseinandersetzungen zwischen NGOs und Konzernen gestossen. Im Buch wollte ich einen grösseren Bogen spannen und aufzeigen, was die vielen einzelnen Kampagnen über die Jahrzehnte hinweg bewegt haben. Auf jeden Fall fanden wesentliche Veränderungen statt.

### Sie sprechen von einer Erfolgsgeschichte: NGOs können mit ihren Kampagnen etwas bewirken. Was denn konkret?

Unternehmen haben Neuerungen vorgenommen, welche Teilantworten sind auf das, was gefordert oder angeklagt wurde. Heute besteht eine viel grössere Transparenz in den Lieferketten als in den 1990er Jahren. Damals sprach noch fast niemand darüber, ausser wenn es um Fair Trade im kleineren Rahmen ging. Die Wirtschaft anerkennt heute, dass die Menschenrechte auch für sie ein Thema sind. Ich beobachte einen Prozess von Veränderungen, der aber noch nicht abgeschlossen ist.

### Sie erwähnen im Zusammenhang mit dem Thema Gold auch die GfbV. Wie schätzen sie den Einfluss der GfbV-Goldkampagne ein?

Die GfbV-Recherchen deckten fragwürdige Praktiken im Goldhandel zwischen Peru und der Schweiz auf. Nach meiner Wahrnehmung haben sie wesentlich dazu beigetragen, dass die Diskussion über die heikle Rolle der Schweiz im Goldhandel in Gang gekommen ist.

### Wie geht es in Zukunft mit der Unternehmensverantwortung weiter?

Entscheidend wird sein, wie weit die Unternehmen den Schutz der Menschenrechte respektieren, darüber transparent Rechenschaft ablegen und allfälligen Opfern die Möglichkeiten bieten, sich zur Wehr zu setzen. Das heisst, ob sie bereit sind, die UNO-Prinzipien für Unternehmen und Menschenrechte umzusetzen. Und ebenso entscheidend ist, ob Bundesrat und Parlament gewisse gesetzliche Vorgaben machen werden. Nichtregierungsorganisationen wie die GfbV werden dabei eine wichtige Rolle als Brücke zu den Menschen in armen Ländern spielen, damit diese ihre Schutzrechte geltend machen können.

### Was können die Konsumenten selber für faire Arbeitsbedingungen und Umweltschutz tun?

Die Lieferketten sind transparenter als früher und man kann sich darüber informieren, unter welchen Bedingungen Produkte hergestellt wurden. Logos und Zertifizierungen können den Konsumentinnen und Konsumenten bei ihrer Wahl helfen, auch wenn sie nicht immer fehlerfrei Auskunft geben. Veränderungen finden eben auch über den Einkaufskorb statt.

Interview: Angela Schweizer, Praktikantin Kommunikation

## TIPP

### Markus Mugglin: «Konzerne unter Beobachtung. Was NGO-Kampagnen bewirken können»

Konzerne stehen weltweit in der Kritik. NGOs decken auf, wie Multis Menschenrechte missachten, die Umwelt schädigen, Arbeitskräfte ausbeuten, Profite in Steueroasen verstecken. Auf die Kritik reagieren die Konzerne mit neuen Strategien. Markus Mugglin untersucht, ob die «soziale Unternehmensverantwortung» mehr ist als nur Imagepflege und was sich verändert hat.



**Rotpunktverlag**  
208 Seiten, 29 Franken

Mehr über Markus Mugglin:  
[www.markusmugglin.ch](http://www.markusmugglin.ch)